

Stellungnahme der Bundesrates vom 11.02.2011 zum Gesetzentwurf

Der Bundesrat forderte die Bundesregierung u.a. auf,

- das Bundesfreiwilligensetz und seine Auswirkungen auf die übrigen Jugendfreiwilligendienste noch in dieser Legislaturperiode zu evaluieren,
- die notwendigen rechtlichen Änderungen vorzunehmen, um die zugesagte Finanzierung des FSJ/FÖJ abzusichern und eine einheitliche Grenze für das Taschengeld in Ost und West zu gewährleisten,
- dass bei der Zuteilung der Plätze sowohl die zuständige Behörde als auch die Zentralstellen durch geeignete Verfahren unter Beteiligung der Länder dafür Sorge tragen, dass eine gleichmäßige Entwicklung des BFD und der Jugendfreiwilligendienste in den Ländern gewährleistet ist.